



Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr 2018 startet genauso wie das letzte endete - spannend. Nach Sondierungsgesprächen, Sonderparteitag und Koalitionsverhandlungen könnte bald die geschäftsführende Bundesregierung ihrem Ende entgegen gehen und die Bundesrepublik zu geordneten Verhältnissen zurückkehren. Der nun vorliegende Koalitionsvertrag zwischen SPD, CDU und CSU bildet eine solide Basis für eine erneute Große Koalition und trägt eine mehr als deutliche sozialdemokratische Handschrift.

Der Bundestag hat derweil, auch ohne eine ordentliche Regierung, den Arbeitsbetrieb aufgenommen. Mit der Einsetzung und Konstituierung der 23 Fachausschüsse sind die Strukturen für die laufende Legislaturperiode geschaffen. Ich freue mich sehr, die SPD-Bundestagsfraktion weiterhin im Umweltausschuss vertreten zu können.

Die vor uns liegende Zeit wird ereignisreich. Bis zum letzten Tag des Mitgliederentscheids gilt es nun, die Genossinnen und Genossen unserer Partei vom Mehrwert einer Großen Koalition zu überzeugen. Ich habe mich im Wahlkreis bei den verschiedensten Veranstaltungen eingebracht und das „Für und Wider“ intensiv diskutiert. Der Koalitionsvertrag enthält eine große Anzahl an Verbesserungen in verschiedensten Bereichen des Lebens für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Es liegt nun an uns, die vielen mühsam ausgehandelten Lebensverbesserungen auch für alle umsetzen zu können.

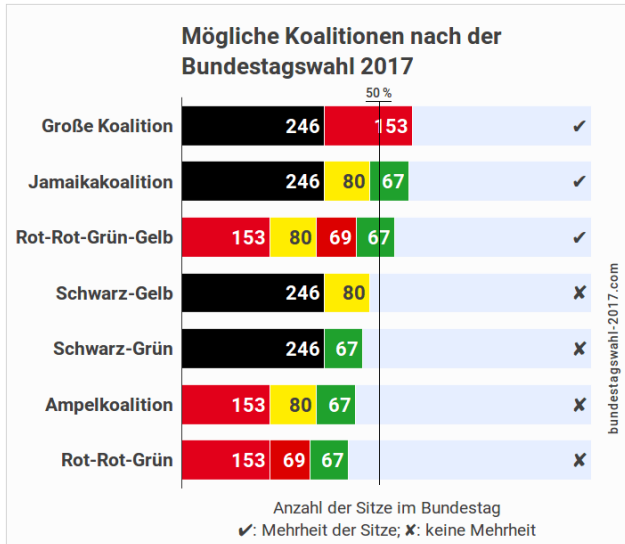
Viele Grüße aus Berlin

Euer Michael Thews

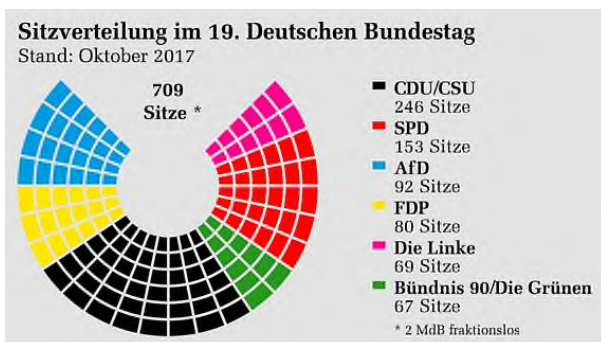
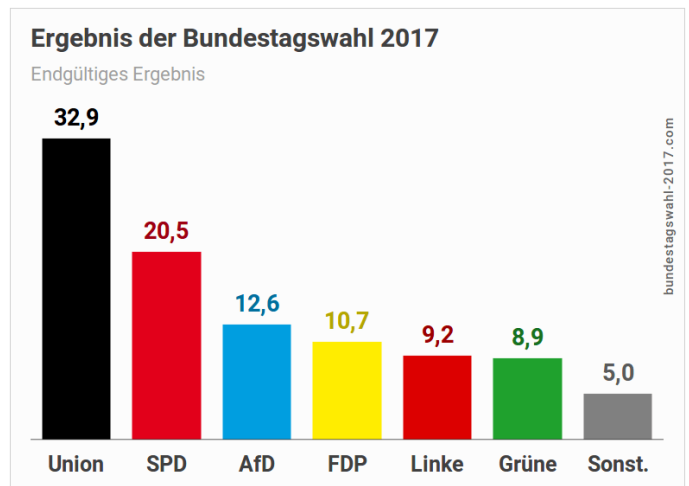
Aus Berlin

Es ist geschafft, vor 136 Tagen wurde gewählt, nach dem Scheitern der Jamaica Partner ist es uns Sozialdemokraten gelungen, mit der CDU/CSU nach nur 13 Ta-

Lage von Millionen Menschen verbessern. Kurzum: Dieser Koalitionsvertrag hat eine klare sozialdemokratische Handschrift auf die wir stolz sein können: unbefristete Arbeitsverträge werden zur Regel, Rückkehr nach Teilzeit in Vollzeit wird Wirklichkeit und öffentlich geförderte Arbeit für Langzeitarbeitslose werden Wirkung entfalten, um eine gerechtere Arbeitswelt zu gestalten. Mit Investitionen in Kitas, Schulen und Bildung, Kindergelderhöhung, gerechtere Ausbildungsvergütung, Abschaffung von Ausbildungskos-



gen einen 180seitigen Koalitionsvertrag erfolgreich abzuschließen. Wir haben verhandelt und wir haben gekämpft. Wir haben viel für unsere Wählerinnen und Wähler, für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ihre Familien und unser Land erreicht. Bei allen Kompromissen, die zur Demokratie gehören: Die gescheiterte Jamaika-Koalition hätte zuerst an die Besserverdienenden gedacht. Unsere Verantwortung gilt allen Bürgern unseres Landes, deshalb wird der vorliegende Vertrag die wirtschaftliche und soziale



ten in Gesundheitsberufen und der Investitionen für Studienplätze schaffen wir eine zukunftsfähige Gesellschaft für die junge Generation. Bei der Rente haben wir die Erhöhung des Rentenniveaus auf 48 %, Verbesserung der Mütterrente, die Einführung einer Grundrente und die Alterssicherung für Selbständige vereinbart, um einer Altersarmut entgegenzuwirken. Auch in der Gesundheit haben wir Leistungsverbesserungen erreicht.

Zwar konnten wir uns mit dem gerechterem Modell der Bürgerversicherung nicht durchsetzen, dennoch haben wir mit der Parität bei dem Krankenkassenbeiträgen, mit der Verbesserung von Arbeitsbedingungen von Pflegekräften und Angehörigen und eines Rückgriffs bei der Pflege auf Angehörige erst ab 100.00 € Jahreseinkommen ein gutes Ergebnis errungen. Die Einrichtung einer Kommission zur Abschaffung der Zweiklassenmedizin wird auch hier langfristig eine Änderung herbeiführen. Ebenso habe ich positive Rückmeldung aus den Kommunen für die Verhandlungsergebnisse zur Förderung der Kommunen mit Infrastruktur und Klima und der Stärkung des ländlichen Raums erhalten.

Wichtig für uns im Ruhrgebiet ist, dass wir - insbesondere im Gegensatz zu dem Sondierungsergebnis von „Jamaika“ - grundlegende Verbesserungen für Kommunen und das Ziel gleicher Lebensverhältnisse in den Fokus gerückt haben.

Das sehen auch unsere SPD Bürgermeister so, 12 Regierende der Großstädte haben sich für eine Zustimmung zur Koalition mit der CDU ausgesprochen. Auch Frank Baranowski hat es auf den Punkt formuliert: „Es gibt Licht und

Schatten. Insgesamt denke ich: Es ist zu wenig erreicht, um rundum zufrieden sein zu können. Aber es ist zu viel erreicht worden, um das jetzt nicht zu verwirklichen, um jetzt nicht zu regieren. Denn die Vereinbarungen bringen in vielen Bereichen Verbesserungen für die Menschen“.

Der Koalitionsvertrag regelt ebenso die Aufteilung der 14 Ressorts der Bundesregierung, die CDU bekommt 5 Ministerien und stellt den Kanzleramtsminister. Die CSU erhält 3 Ministerien. Für uns stehen 6 Ministerien fest, in denen wir als Sozialdemokraten die Arbeit der Regierung prägen können.

Mit den 3 Schlüsselressorts Finanzen, Arbeit und Außenpolitik haben wir deutlich gemacht, dass es auf uns Sozis ankommt. Auch wenn diese Entscheidung der CDU und noch mehr der CSU starke Bauchschmerzen verursacht. Mit dieser Entscheidung hat

die CDU ein deutliches Signal gesetzt, dass sie für eine Große Koalition nicht nur unsere Kompromissbereitschaft einfordert, sondern selbst auch auf die SPD zugehen muss, damit eine stabile und tragfähige Regierungsarbeit zu Stande kommt.

In den Verhandlungen der vergangenen Wochen haben wir deutlich gemacht, dass wir dies in einer neuen Großen Koalition nicht tolerieren werden.



Der ausgehandelte Koalitionsvertrag stellt eine gute Grundlage für die Neuauflage einer Großen Koalition da. Ich begrüße das Verhandlungsergebnis und befürworte das Zustandekommen dieser Regierung.

Auch innerparteilich setze ich mich dafür ein und hoffe auf ein positives Ergebnis des Mitgliedervotums.

Die Mitglieder haben das letzte Wort. Der Abstimmungsabschluss ist der 2. März 2018. Für alle, die sich informieren wollen, worauf wir uns geeinigt haben ist [hier](#) der ausgehandelte Koalitionsvertrag nachzulesen.

Ich meine:

„Wir sind eine Partei.

Eine Partei, die es liebt zu diskutieren. unsere Diskussionen sind fair, unsere Abstimmung ehrlich.

Ehrlicher Umgang bedeutet, Ergebnisse anzuerkennen. Am Ende von Abstimmungen stehen wir zusammen.“



Aus dem Bundestag



Gedenkveranstaltung anlässlich des Gedenktages der Opfer des Holocaust

Am 27. Januar 1945 wurde das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau durch die Rote Armee befreit. Jener 27. Januar gilt seit 1996 als Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus. Aus diesem Anlass erinnerte der Deutsche Bundestag mit einer Gedenkstunde.

In diesem Jahr sprach eine der letzten Zeitzeugin, die Auschwitz-Überlebende Frau Dr. h. c. Anita Lasker-Wallfisch MBE. Sie war Cellistin des sogenannten Mädchenorchesters in Auschwitz. Die Musiker mussten beim Ein- und Ausmarsch der Mithäftlinge zur Zwangsarbeit spielen und so den Anschein von Normalität innerhalb des Lagers erwecken.

Sie wollte nie wieder einen Fuß auf deutschen Boden setzen und tat es 1994 doch.

Seither unternahm sie viele Vortragsreisen, um insbesondere in Schulen von ihrem Schicksal und dem Holocaust zu berichten. „Wie Sie sehen, bin ich eidbrüchig geworden [...] und ich bereue es nicht. Hass ist ganz einfach ein Gift, und letzten Endes

vergiftet man sich selbst“, so Lasker-Wallfisch. Wir müssen ihre Erfahrungen weitertragen und hoffen, dass sie uns mir ihnen noch lange bereichern wird. Gegen Vergessen und für Demokratie!

Frau Lasker-Wallfisch erinnerte in ihrer bewegenden Rede an die Gräueltaten und das Unrecht gegenüber Juden. Schon als 16-Jährige musste sie die Deportation ihrer Eltern miterleben. „Es erübrigt sich, zu sagen, dass wir sie nie wieder gesehen haben“, so Lasker-Wallfisch.



Weißerose

Vor 75 Jahren, am 22. Februar 1943 wurden Sophie und Hans Scholl sowie Christoph Probst u. a. wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ vom Naziregime zum Tode verurteilt und wenige Stunden später hingerichtet.

Die drei studentischen Mitglieder der Widerstandsgruppe „Weißerose“ hatten seit 1942 mit Flugblättern zum Widerstand gegen Hitler aufgerufen. Wer mehr zu den mutigen Widerstandskämpfern lesen möchte, findet [hier](#) weitere Infos.

Wichtig ist, das Augenmerk darauf zu richten, die Haltung der Geschwister Scholl auf unsere Zeit zu übertragen.

Das Gedenken sollte uns auch heute noch eine Mahnung sein. Die umfangreichen Grundrechte und allen voran die Menschenwürde, die als Reaktion auf dieses dunkle Kapitel Eingang in das Grundgesetz gefunden haben, werden durch Parteien und Gruppen regelmäßig in Frage gestellt. Eine dieser Parteien sitzt als AfD nun mit uns Plenum und ergießt uns in jeder Plenarwoche mit ihrem rassistischen Gebaren.

Es ist Zeit dass wir, wie die Geschwister Scholl vor 75 Jahren, Widerstand üben. Widerspruch

zu leisten, wenn ein Mitbürger sich menschenverachtend äußert. Fakten entgegenhalten, wo allzu oft Gefühle der Wut und völkischer Nationalismus in den öffentlichen Raum hinein

„Zerreißt den Mantel der Gleichgültigkeit, den Ihr um Euer Herz gelegt!“ heißt es im Fünften Flugblatt und danach eindringlich: „Entscheidet Euch, eh' es zu spät ist!“ Wenn jeder wartet, bis der Andere anfängt, wird keiner anfangen.

getragen werden. Kurzum: Lasst uns das Gedenken der Geschwister Scholl ehren, in dem wir es ihnen ein klein wenig nachmachen und uns gegen jene stellen, die sich den Werten des Grundgesetzes entgegenstellen.

Und da die AfD im Wahlkampf noch laut tönnte: „Sophie Scholl würde AfD wählen.“ möchte ich die Neffen der Geschwister zitieren: „Sophie Scholl kann keine Partei wählen. Und auch nicht für einzelne Parteien sprechen. Denn Sophie Scholl ist seit 1943 tot. Hingerichtet von Leuten, die heute in der AfD wieder Nachahmer finden. Also im Auftrag von Rechtsradikalen.“

Ich denke, diese Antwort spricht für sich.

+++ Lese Tipp +++ Lese Tipp +++ Lese Tipp

Beiträge der Süddeutschen Zeitung zum

[Gedenktag](#) der weißen Rose

Aus dem Umweltausschuss

Multiresistente Keime

Als zuständiger Berichterstatter habe ich diese Woche im Umweltausschuss die Bundesregierung zum Fund von multiresistenten Keimen in niedersächsischen Flüssen, Seen und Bächen debattiert. Diese Keime können zu schweren Erkrankungen führen, die womöglich nicht behandelbar sind, weil kein Antibiotikum mehr hilft.

Wir müssen hier in erster Linie daran arbeiten, dass diese Keime möglichst gar nicht erst entstehen. Eintragspfade für diese Bakterien sind Kläranlagen, Regenüberlaufbecken und Abschwemmungen von landwirtschaftlich genutzten Flächen. Eine mögliche Option ist eine zusätzliche, vierte Reinigungsstufe

bei Kläranlagen einzuführen. Diese sind allerdings nicht in allen Fällen wirksam und man verhindert damit auch nur einen Teil des Eintrages. Wichtig ist es, schon an der Quelle anzusetzen und hier auch dafür zu sorgen, dass

Antibiotika möglichst nicht ins Wasser gelangen. Die Entstehung von solchen Keimen, die gegen Antibiotika resistent sind, wird durch den unsachgemäßen Gebrauch von Antibiotika beschleunigt. Das gilt auch für die Landwirtschaft!

Ganz wichtig: Abgelaufene oder überflüssige Medikamente gehören niemals in die Toilette, sondern in den Restmüll, zum Schadstoffmobil oder sollten verbrannt werden. Leider obliegt es der Freiwilligkeit, ob Apotheken Medikamente zurücknehmen. Also bei der Apotheke nachfragen, und die aufsuchen, die sich zur Rücknahme bereit erklärt!



+++ kurz notiert +++ kurz notiert +++ kurz notiert +++

Lärmschutz/Sportanlagen

Fußball-WM 2018: Bundesumweltministerin Hendricks ermöglicht „Public Viewing“

Kabinett beschließt Ausnahmeregel vom Lärmschutz

Die öffentliche Übertragung der diesjährigen Fußball-Weltmeisterschaft kann auch in diesem Sommer wieder über die üblichen Ruhezeiten hinausgehen. Die

Fans können die Spiele auch am späten Abend und zu Beginn der Nacht im Freien auf Großleinwänden verfolgen. Das Bundeskabinett beschloss dazu heute

eine vom Bundesumweltministerium vorgelegte Verordnung, die für die Zeit der Fußball-Weltmeisterschaft in Russland Ausnahmen von den geltenden Lärmschutz-Regeln vorsieht.

Bundesumweltministerin Barbara Hendricks: „Das gemeinschaftliche Fußballgucken unter freiem Himmel gehört zu Welt- und -Europameisterschaften einfach dazu. Bei einem solchen Anlass halte ich Ausnahmen vom Lärmschutz für gerechtfertigt. Darum haben wir jetzt eine Verordnung vorgelegt, die das sogenannte Public Viewing ermöglicht und gleichzeitig einen akzeptablen Mindestschutz für Anwohner vorsieht. Über die Genehmigung im konkreten Fall müssen die Kommunen entscheiden.“

Die Ausnahmeregelung ist nötig, weil die in der Regel geltenden Lärmschutzstandards bei Spielen, die am späten Abend und in den ersten Nachtstunden übertragen werden, an vielen Orten nicht eingehalten werden könnten. Die Verordnung erweitert nun den Spielraum für die zuständigen Behörden in den Kommunen, die

Das Elterngeld Plus wirkt

Der von Bundesfamilienministerin Katarina Barley im Januar vorgelegte erste Bericht über die Wirkung des Elterngeld Plus wurde im Bundestag debattiert. Das Elterngeld Plus wurde 2015 als Weiterentwicklung des Elterngeldes eingeführt und sollte Eltern in ihrem Wunsch nach Familie und Beruf für beide Partner besser unterstützen.

Mit dem Elterngeld Plus können Eltern, die in Teilzeit erwerbstätig sind, seither länger Elterngeld beziehen. Eltern, die sich für eine partnerschaftliche Aufteilung von Familien- und Arbeitszeit entscheiden, erhalten außerdem einen Partnerschaftsbonus in Form von vier zusätzlichen Elterngeld Plus-Monaten, wenn sie in dieser Zeit beide gleichzeitig zwischen 25 und 30 Wochenstunden arbeiten.

Veranstaltungen zuzulassen. Dabei sollen sie im Einzelfall abwägen zwischen dem herausragenden öffentlichen Interesse an den Fußballspielen und dem Schutz der Nachtruhe. Es müssen neben dem Publikumsinteresse also beispielsweise auch die Abstände zu Wohnhäusern und schutzbedürftigen Einrichtungen, die Sensibilität des Umfelds, Maßnahmen zur Lärminderung sowie Umfang, Anzahl und Aufeinanderfolge der zugelassenen Ausnahmen berücksichtigt werden.

Die Bundesregierung folgt mit der Ausnahmeregelung einer Bitte der Länder.

Die Bundesländer müssen der Verordnung im Bundesrat noch zustimmen.

Bereits bei den Fußball-Weltmeisterschaften seit 2006 und bei den Fußball-Europameisterschaften 2008 und 2016 hatte es vergleichbare Verordnungen gegeben.

Weitere Informationen unter: [FAQ](#)

Der Bericht zeigt: Anders als bei der Einführung in den Medien als untaugliches Instrument kritisiert kann man mit der Vorlage des Berichtes sagen: Das Elterngeld Plus kommt gut bei den Eltern an und wirkt. Im dritten Quartal 2017 haben sich 28 Prozent - in einigen Regionen sogar bis 38,5 Prozent der Eltern, die Elterngeld beantragt haben, für das Elterngeld Plus entschieden. Mehr als drei Viertel der Beziehenden bewertet das Elterngeld Plus als "gute Sache". Das Elterngeld Plus hat dazu geführt, dass Frauen besser in den Beruf zurückgehen können und dass Väter sich mehr Zeit für ihre Kinder nehmen: 41 Prozent der Elterngeld Plus beziehenden Väter hätten ohne das Elterngeld Plus weniger

Zeit für die Betreuung des eigenen Kindes aufgewendet. Der Partnerschaftsbonus ermutigt Eltern, die sich die Zeit für Familie und Beruf gleichmäßig aufteilen möchten, diesen Wunsch auch umzusetzen.

Verkehr und Klimaschutz

Diskussionen über einen kostenlosen öffentlichen Nahverkehr

Der Vorschlag ‚Nulltarif für Busse und Bahnen‘ ist eine kraftvolle Idee. Niemand will beim Kampf gegen die schlechte Luft in unseren Städten ein ‚Weiter so‘. Deshalb müssen kreative Ideen auf den Tisch. Die Initiative der geschäftsführenden Bundesregierung ist richtig, doch es darf nicht bei einer Idee bleiben. Es müssen detaillierte Konzepte in Abstimmung zwischen Bund, Ländern und Kommunen folgen. Was in der deutschen Politik endlich aufhören muss, sind die üblichen Reflexe: ‚zu teuer‘, ‚nicht zu schaffen‘. Dass ausgerechnet die Grünen, die sich einst die Umweltpolitik auf ihre Fahnen geschrieben hatten, bei dieser Idee vor

Tasse Tee mit MdB - Johann Saathoff

Diese Aktion des Kollegen ist eine gute Idee für Kommunikation und vernetztes Handeln. Daher bin ich gerne der Einladung des Kollegen Saathoff, Landesgruppensprecher für die Niedersachsen/Bremen und stellv. Sprecher der AG Wirtschaft und Energie gefolgt, um einen wichtigen Austausch zwischen Umwelt und Energiepolitik mit ihm zu diskutieren und

Es wird eine wichtige Aufgabe in dieser Wahlperiode, weitere familienpolitische Forderungen umzusetzen, die wir im Koalitionsvertrag verankert haben.

den zu hohen Kosten warnen, ist - gelinde gesagt - bemerkenswert. Das neue grüne Motto scheint zu sein: Kämmerer geht vor Klima. Meiner Auffassung nach darf nichts unterlassen werden, was zu einer Klimaverbesserung und zu sauberer Luft in Städten beiträgt. Zudem halte ich die Ermittlung des Kostenaufwands für zu klein gerechnet, solange nicht ebenfalls die Berechnung des geringeren Aufwandes der Kontrolleure, der Kassenautomaten und des Materialaufwandes für Fahrkarten mit in die Prüfung einbezogen wird.

zu beraten. Außerdem ist Johann ein absoluter Teekenner☺.



Startschuss für das Mitgliedervotum

In der Partei wird der Koalitionsvertrag bereits seit fast zwei Wochen intensiv diskutiert. Am letzten Wochenende fanden die ersten regionalen Dialogveranstaltungen statt und ich bin wirklich beeindruckt von der großen Beteiligung und der ernsthaften, sachlichen Debatte.

Der SPD-Unterbezirk Unna hatte zu einem Mitgliederforum alle Parteimitglieder aus Lünen, Selm und Werne eingeladen. Es fand eine rege Diskussion statt, die zeitweise zwar emotional, jedoch sachlich und fair geführt wurde. Ich hoffe, dass die Veranstaltung bei den Teilnehmern mit dazu beigetragen hat, sich beim Mitgliedervotum für die GroKo zu entscheiden.



In Hamm trafen sich interessierte Genossinnen und Genossen zum zweiten Mal zur Dialogveranstaltung. Wieder war die Schulaula des Hammonense vollbesetzt mit Mitgliedern, weil sie sich gemeinsam mit Mitgliedern des Unterbezirksvorstandes, dem Chef der Hamm SPD, Marc Herter MdL, sowie Justus Moor, SPD-Fraktionsvorsitzender im Rat der Stadt, und mir über den Koalitionsvertrag austauschen wollten. Mein Eindruck nach den ersten Veranstaltungen ist, dass es eine breite Unterstützung und Anerkennung für den ausgehandelten Koalitionsvertrag gibt. Das Verhandlungsergebnis hat auch viele Skeptiker davon überzeugt, dass sich eine Regierungsbeteiligung lohnt, weil wir

damit das Leben sehr vieler Menschen in Deutschland spürbar verbessern werden.



Ja, es gibt in der Partei auch viele kritische Stimmen. Viele Mitglieder kritisieren zurecht das öffentliche Erscheinungsbild in den letzten Wochen und sie haben Sorge, ob der notwendige Erneuerungsprozess und eine stärkere Profilierung in der Regierung möglich sein werden.

Wenn wir unseren innerparteilichen Erneuerungsprozess und unsere Profilbildung in der Regierung mit der gleichen Energie vorantreiben, mit der wir jetzt über Koalitionsvertrag und Regierungsbildung diskutieren, dann bin ich zuversichtlich, dass uns das auch gelingen wird.



+++ Infos +++ Infos +++ Infos +++ Infos +++ Infos +++

Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung NRW: Workshop für junge Progressive, Rechtspopulismus und Globalisierung, Videoseminar. Es geht um die Vermittlung eines inhaltlichen Fundamentes mit technischem Know-how.

Rechtspopulismus und Globalisierung ♦, technisch mit dem Medium **Video**. Die inhaltliche Leitung übernimmt **Nikolaus Kowall**, Professor an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin. Die technische Leitung übernimmt **Gerlinde Schrön**, Redakteurin Video bei ze.tt

Fragestellung: Was sind aktuelle Phänomene des Rechtspopulismus? Welche Rolle spielen Globalisierung, die soziale und die kulturelle Frage für Aufstieg und Bekämpfung des Rechtspopulismus?

Was sind knappe, griffige Antworten und wie kann man diese im Format Video vermitteln? Über all diese Fragen wird gemeinsam diskutieren und praktisch gehandelt.

Für die Teilnahme ist ein Motivationsschreiben bis zum **09. März** erforderlich. Alle Informationen zur Anmeldung, zu den Inhalten des Workshops und zu den Hintergründen der Seminarreihe finden sich auf der FES [Website](#).

Umweltbundesamt sucht die besten Projekte zur Klimaanpassung

Wettbewerb „Blauer Kompass“ zeichnet Projekte zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels aus

Ob Begrünung des Bürodachs, Entsiegelung des Schulhofs oder Sonnenschutz für den Spielplatz – unter dem Motto „[Blauer Kompass – Anpassungspioniere gesucht](#)“ zeichnet das Umweltbundesamt (UBA) bereits zum dritten Mal lokale und regionale Anpassungsmaßnahmen aus, die helfen, den Folgen des Klimawandels zu begegnen.

Wir sind in unserem Wahlkreis auf der Suche nach innovativen Projekten zur Anpassung an den Klimawandel. Unterstützen Sie uns bei der Suche nach guten Anpassungsbeispielen und weisen Sie Vereine, Unternehmen und Institutionen auf den Wettbewerb hin.

Projekte können sich auf www.uba.de/blauerkompass in folgenden drei Kategorien bewerben:

- Kategorie 1: Private und kommunale Unternehmen
- Kategorie 2: Bildungs- und Forschungseinrichtungen
- Kategorie 3: Vereine, Verbände, Stiftungen

Bewerbungsschluss ist der 11. März 2018. Eine Jury mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft wählt im Mai 2018 aus den nominierten Projekten die Sieger in den drei Kategorien aus. Erstmals wird darüber hinaus ein Publikumspreis vergeben. Der Gewinner wird bei einer öffentlichen Internetabstimmung auf www.uba.de/tatenbank ermittelt.

Alle vier Siegerprojekte des „Blauen Kompass“ werden im Juni 2018 im Rahmen einer feierlichen Veranstaltung im Bundesumweltministerium in Berlin ausgezeichnet. Zu jedem Projekt wird ein Kurzfilm erstellt, der auf der Preisverleihung präsentiert und den Gewinnerinnen und Gewinnern für ihre Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung gestellt wird.

Weitere Informationen & Kontakt:

Das Bewerbungsformular sowie weitere Informationen zum Wettbewerb finden Sie unter www.uba.de/blauerkompass.

Das erste Exemplar des aktuellen Kürschners, dem Verzeichnis der Parlamentarier im Bundestag, ist nun erhältlich.

Wer Interesse an dem Buch hat, kann uns gerne eine [mail](#) schicken, wir senden es zu.



Kontakt & Impressum

E-Mail. michael.thews@bundestag.de

Abgeordnetenbüro Berlin

Frauke Stürenburg – Ruth Herzog – Joshua Fraedrich

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Bürgerbüro Lünen

Anette Janßen

Stadttorstraße 5

44532 Lünen

Bürgerbüro Hamm

Bettina Schwab-Losbrodt

Westhofenstraße 1

59065 Hamm

Impressum: Michael Thews MdB (v.i.S.d.P.), Redaktion: Frauke Stürenburg